

# Staat Deutschland oder Bundesrepublik Deutschland?

Wenn wir vom Jetzt auf das Jahr 1990 zurückschauen, gab es zwei Teilstaaten auf deutschem Boden. Einer West der andere Ost und es gab Berlin. Alle drei Teilstücke haben sich am 03. Oktober 1990 im Rahmen des 2+4 Staatsvertrag nach Artikel 1 Abs. 1 in das vereinte Deutschland gewandelt und sind in dem neuen Staat Deutschland untergegangen.

Bei den vereinten Nationen findet man folgenden Eintrag:

## Deutschland

-- Die Deutsche Demokratische Republik und die  
-- Bundesrepublik Deutschland wurden am  
**18. September 1973** Mitglieder der Vereinten Nationen

Durch den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 haben sich die beiden deutschen Staaten vereinigt und bilden **einen souveränen Staat**.

In der [Pressemeldung von 2007](#) ist dies nachzulesen.

Deutschland als souveräner Staat ist somit **nicht** identisch mit der Bundesrepublik Deutschland von 1990. Die heute so genannte BRD belegt zwar geografisch das Gebiet des Staates Deutschland aber es gibt gewaltige Unterschiede.

**Der Staat Deutschland ist souverän!**

Die BRD hingegen ist am 03. Oktober 1990 untergegangen (siehe [Statement über Deutschland](#)).

Für eine **Bundesrepublik** gelten nach wie vor die SHAEF-Gesetze, der teilsuspendierte Überleitungsvertrag aus Krieg u. Besatzung und die Feindstaatklauseln. Der Grund dafür findet sich in der eigenen Erklärung der BRD, dass sie teilidentisch mit dem Deutschen Reich in den Grenzen von 1937 wäre. Gestützt auf ein Urteil des Besatzungs-Bundesverfassungsgerichtes von 1973.

Die Situation stellt sich also so dar, dass ein souveräner Staat und ein Schein-, Rechts- und Staatsgebilde namens Bundesrepublik Deutschland das am 03. Oktober 1990 jegliche Legitimation verloren hat, auf dem gleichen Gebiet existieren. Die Frage ist erlaubt, warum das erst jetzt publik gemacht wird. Auch diese Frage ist einfach zu beantworten. Die damalige Politeska federführend die CDU/CSU u. FDP haben über alle Dokumente aus der Zeit von 1989 - 1991 eine 15 jährige

Sperrfrist verhängt, die erst 2005/2006 ausgelaufen war. Es kamen zwar vorher schon sporadisch Dokumente auf, diese konnten aber nicht auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft werden.

Ab ca. September 2008 haben wir von der Webseite Staat-Deutschland, viele vorhandene Informationen und neue, die die nun verfügbar waren inhaltlich ausgewertet und analysiert.

Dabei stellte sich heraus, dass ab 1990 die Scheinregime der Bundesrepublik, die sich auch gleichzeitig als Deutschland ausgaben, alle 4 Jahre durch Wahlen nicht nur neu gewählt, sondern auch legitimiert wurden - weil wir es nicht besser wussten. Bis vor kurzem waren wir also alle noch der Auffassung, dass alles korrekt sei.

Die Scheinregime, die Parteien und die Bundesrepublik selber besitzen seit dem 03. Oktober 1990 keine Legitimation mehr, auch dann nicht, wenn wir diese gewählt haben. Die Parteien insbesondere die CDU/CSU u. FDP und auch die Opposition haben einen **Kalten Putsch** begangen, indem man uns erklärte, dass die DDR mit ihren Ländern nach dem deutsch-deutschen Einigungsvertrag gemäß Artikel 1 Abs.1 der BRD beigetreten sei. (Verweis auf das Statement über Deutschland)

Wenn die Angaben der Machtelite in unserem Lande richtig wären, müsste in den Vereinten Nationen nicht Deutschland sondern die *Bundesrepublik Deutschland* als souverän ausgewiesen sein. Das ist aber nicht der Fall. Wie schon im Statement über Deutschland dargelegt, ist es unzweifelhaft, dass wir ein souveräner Staat in den endgültigen Grenzen der ehemaligen BRD/DDR sind, entsprechend dem 2+4 Staatsvertrag.

Den alliierten Militärgesetzen entsprechend, ist das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 für viele Staaten der UN (143) ein Feindstaat. Dieser Feindstaat wurde gemeinsam bekämpft und es ist fatal anzunehmen, dass ein Deutsche Reich wieder erstehen könnte.

1937



Dieses Gebiet ist in der Feindstaatenliste eingetragen.

Das Urteil des BVG im Auszug:

Das Bundesverfassungsgericht stellte am 31. Juli 1973 bei der Überprüfung des Grundlagenvertrags mit der DDR fest:

Das Grundgesetz – nicht nur eine These der Völkerrechtslehre und der Staatsrechtslehre! – geht davon aus, dass das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist; das ergibt sich aus der Präambel, aus Art. 16, Art. 23, Art. 116 und Art. 146 GG. Das entspricht auch der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, an der der Senat festhält.

Das Deutsche Reich existiert fort, besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst **nicht handlungsfähig**. Im Grundgesetz ist auch die Auffassung vom gesamtdeutschen Staatsvolk und von der gesamtdeutschen Staatsgewalt „verankert“. Verantwortung für „Deutschland als Ganzes“ tragen - auch - die vier Mächte. Mit der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern ein Teil Deutschlands neu organisiert. Die **Bundesrepublik Deutschland** ist also nicht „Rechtsnachfolger“ des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat „Deutsches Reich“, - in bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings „teilidentisch“, so dass insoweit die Identität keine Ausschließlichkeit beansprucht. Sie beschränkt staatsrechtlich ihre Hoheitsgewalt auf den „Geltungsbereich des Grundgesetzes“.

**Eine andere Erklärung dazu läßt den Sachverhalt in völlig andrem Licht erscheinen:**

Für die Einbeziehung anderer Gebiete des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31. Dezember 1937, auf die Art. 23 Satz 2 GG abgehoben hatte, besteht keine Rechtsgrundlage mehr. Die Bundesrepublik Deutschland ist in dem, durch ihre Verfassung und das Völkerrecht festgelegten Gebietsumfang identisch mit dem fortbestehenden Deutschen Reich geworden. Aus der bisherigen Teilidentität ist eine volle Subjektsidentität geworden.“ Aus: Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland - Band V, S. 1964 f.

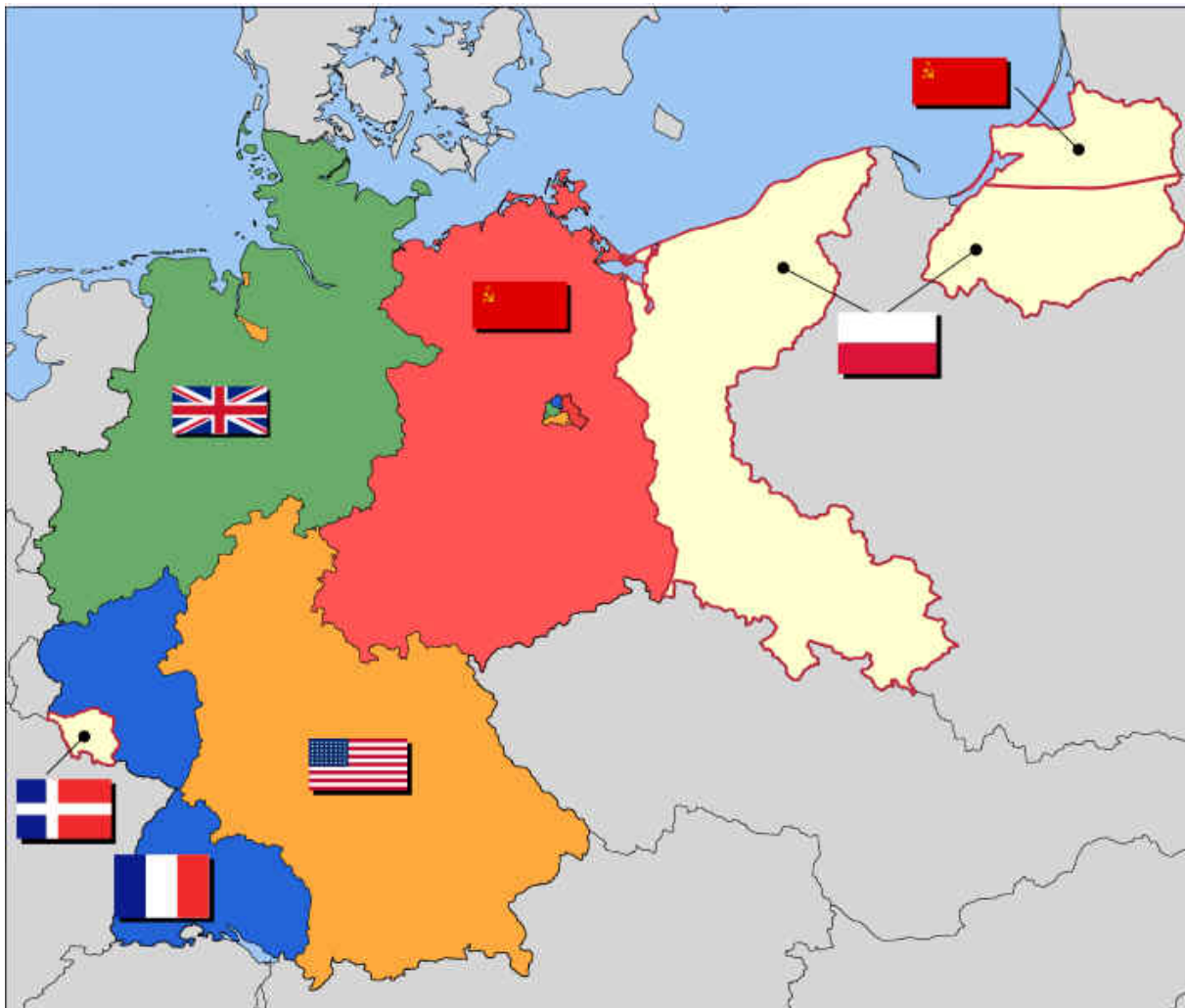
Die hoheitliche Gewalt der BRD bestand nur aus dem Geltungsbereich des Alliierten Grundgesetz vom 23. Mai 1949. Demzufolge kann die Bundesrepublik Deutschland sich dahingehend auch nicht als Rechtsnachfolger des III. Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 erklären. Denn das ist eindeutig Feindgebiet.

Natürlich werden andere Argumente aufgeboden, dass nicht das dritte sondern das 2te Reich gemeint sei. Das ist unerheblich, denn Hitler ist 1933 legal an die Macht gekommen. Es hat aber seine Gründe warum die Herren vom Chiemsee auch hier wieder federführend die CDU/CSU und FDP die das DR in den Grenzen von 1937 in dem Alliierten Grundgesetz zugrunde gelegt haben. Dazu später mehr.

Schaut man sich einmal einen anderen Fragenkreis an, zeigt sich, dass zwischen 1945 und 1949 Menschen widerrechtlich enteignet wurden. Enteignungen auf westdeutscher Seite wurden fast vollständig wieder zurück gegeben, in der DDR nicht. Dort ist Eigentum nach Inkraftsetzung der 49er Volks-Verfassung (auf die wir uns berufen) in den Staatsbesitz der DDR

übergegangen. Diese Verfassung beinhaltet das besetzte Deutsche Reich in den Grenzen von 1949:

1949



Es ist also identisch und interessanterweise kein Feindstaat mehr.

Nachdem eine gemeinsame Deutschlandpolitik der Besatzungsmächte im März 1948 gescheitert war, beschritten die Westmächte den Weg der Gründung eines demokratischen, westdeutschen Besatzungskonstrukts. Innerhalb ihrer Zonen hatten die Westalliierten bereits bis 1947 Länder gegründet und in demokratischen Wahlen Parlamente und Ministerpräsidenten wählen lassen. Diese wurden im Juli 1948 beauftragt, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen. Die von den Landtagen gewählten 70 Mitglieder arbeiteten (nach gewissen Vorgaben) das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland aus, das am 23. Mai 1949 in Kraft trat. Im August 1949 fanden die allgemeinen, freien, gleichen und geheimen Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag statt.

Das Grundgesetz der Alliierten vom 23. Mai 1949 weist deutet noch auf ein III. Deutsches Reich als Feindstaat in den Grenzen von 1937 hin.

Die damals schon und 1990 erneut unterschlagene 49er Volks-Verfassung beinhaltet jedoch genau dieses Deutsche Reich als „Deutschland als Ganzes“ und nicht als Feindstaat. Laut Artikel 146 GG a. F. hätte das Grundgesetz also am 07. Oktober 1949 schon seine Gültigkeit verloren.

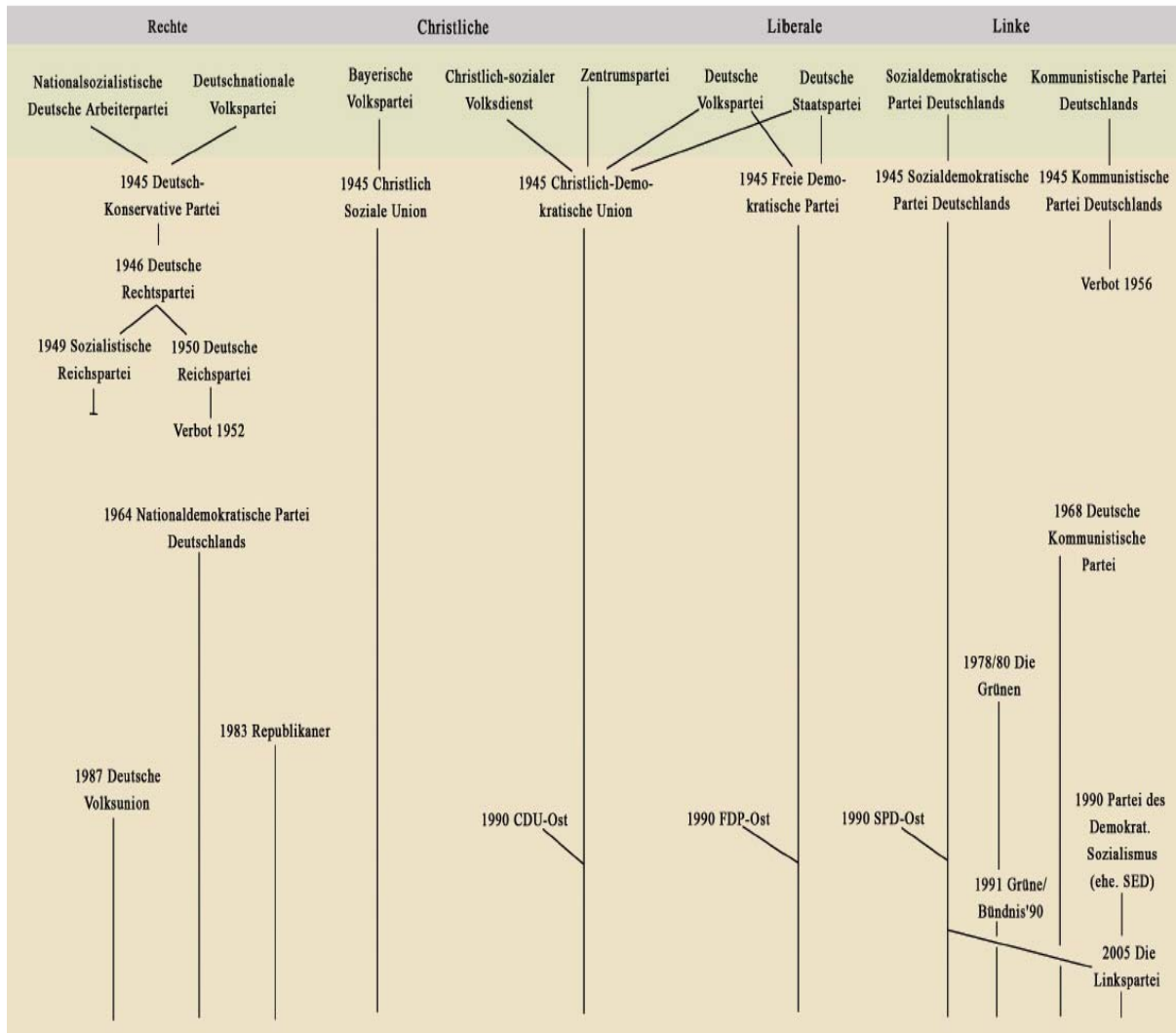
Da sich die Alliierten damals nicht über die Neutralität Deutschlands einigen konnten, besaß diese Verfassung noch keinen direkten Geltungsbereich.

**Art. 1.** Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik; sie baut sich auf den deutschen Ländern auf. Diese Verfassung setzt genau auf das Potsdamer Abkommen vom 02. August 1945 auf.

**Das Kriegsende war nicht das Ende der „braunen Herrenmenschen“:**

1945 unterschrieben Jodl und Keitel die Kapitulationsurkunden für die deutschen Streitkräfte. Die SS unterstand nicht der Weisung des OKH/OKL/OKM. Daher waren diese Verbände auch nicht an die Kapitulation gebunden. Einige machten einfach weiter, andere tauchten unter, aber eine innere Führungsriege setzte sich in vorbereitete Stellungen ins Ausland ab. Von dort wird heute noch agitiert. Teils massiv unter Einsatz von Gewalt, immer öfter aber durch Unterwanderung und subtile Einflussnahme. Das ist der gefährlichste Ansatz, denn der ist nicht mehr als das zu erkennen, wozu er gedacht ist. Subversiv und getarnt soll das bestehende System unterwandert, untergraben und schließlich übernommen werden, um die Ziele der SS doch noch durchzusetzen.

## Stammbaum der deutschen Parteien 1945-2007



Es ist sehr gut erkennbar woraus sich CDU/CSU und FDP tatsächlich rekrutierten. Bemerkenswert hieran ist, dass sich diese drei Parteien unmittelbar nachdem Krieg im Juni 1945 bereits formierten.

Um das Wesen der Politik der letzten 19 Jahre zu erklären, bedarf es einer Rückschau bis in die Hitlerzeit. Das mag sich seltsam anhören, hat aber seine Gründe!

Hier interessiert besonders der Begriff „die **DC** = Deutsche Christen“.

Anfang 1933 trat die DC-Gruppe in die Leitung der Thüringer Landeskirche ein und benannte sich in „Kirchenbewegung deutsche Christen“ um. Sie hatte fast eine Million Mitglieder, darunter ein Drittel der Pfarrerschaft. Die Ausbreitung der DC kam trotz Hitlers Unterstützung und ihrer Wahlsiege durch eine Kundgebung im Berliner Sportpalast am 13. November 1933 zum Stillstand. Dennoch hatten die **D**eutschen **C**hristen nicht nur

die katholische sondern auch andere Religionsgemeinschaften infiltriert.

Die „Seele des deutschen Volkes“ gehöre „restlos dem neuen Staat“. Dessen Totalitätsanspruch könne folgerichtig auch vor der Kirche „nicht halt machen“. Der Nationalsozialismus wolle diese „aus seinem Geist erneuern und neu gestalten“. Die **Vereinigung aller Religionen und Konfessionen** in einer „völkischen Nationalkirche“ sei das Gebot der Stunde.

Bei näherer Betrachtung der **CD** - U stellt man erstaunliche Parallelen fest. Zum einen finden wir hier die nationalsozialistischen deutschen Christen wieder vor.

D = deutsche - das Volk - Demokratie

C = Christen

C = Christen

D = demokratisch - das Volk - deutsche

Aber nicht nur das:

In ihrem Grundsatzprogramm spricht die CDU vom „*christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott*“. Ein Ziel der CDU ist es, im Gegensatz zu ihrem katholischen Vorläufer ZENTRUMSPARTEI, sich als politische Partei gebündelt hauptsächlich **an alle christlichen Konfessionen zu wenden**.

**1933**

**Vereinigung aller Religionen und Konfessionen**

**1945**

**an alle christlichen Konfessionen zu wenden**

Der eigentliche Kontext ist also identisch. Dazu auch ein weiterer Verweis auf „vor 60 Jahren“ Das Ahlener Programm „Ende des Kapitalismus“ zwar leicht reaktionär aber dennoch lesenswert um das Wesen der CDU zu erkennen.

### **Untertan? Mitläufer? Staatsbürger?**

In der CDU/CSU, wie auch in Teilen der FDP fanden nationalsozialistische Größen ihren Sammelplatz. Getarnt unter dem Begriff Christliche Partei.

Demokratie und Sozialismus passen nicht zusammen und tritt doch explizit die CDU mit ihren vielen Lügen die Demokratie immer wieder mit Füßen.

Der historisch so goldrichtige Nachsatz „... **Sozialismus endet immer im Totalitarismus.**“ gewinnt in schlimmer Weise an Tragkraft, da er von der heutigen CDU genauso wie damals angewandt wird. Denn auch sie macht vor der Beschneidung der Meinungsfreiheit in diesem Land nicht halt. **Ausschließlich zu**



**dem einzigen Zwecke, die eigene Macht zu erhalten und Kritik an ihrer Politik zu unterdrücken!**

Ein kleiner Auszug aus der Liste der „braunen Wiederkehrer“:

Hans Globke war Staatssekretär unter Adenauer. Während der NS-Zeit hat er als Jurist an den Nürnberger Rassengesetzen mitgewirkt.

Hans Speidel wirkte am Aufbau der Bundeswehr und an der Eingliederung in die NATO mit.

General Gerhard Graf von Schwerin war unter Adenauer Berater für Sicherheitsfragen.

Kurt Georg Kiesinger war Bundeskanzler. Er war vorher im Außenministerium unter Ribbentrop für die Verbindung zu Goebbels zuständig.

Hanns Martin Schleyer war Arbeitgeberpräsident. Im III. Reich hatte er Funktionen bei Studentenverbindungen. Er ist durch üblen Rassismus aufgefallen, bewohnte eine Villa, die Juden gehört hat, welche im Konzentrationslager ermordet wurden. Weil er noch jung war, wurde er von den Amerikanern als minder belastet eingestuft. Damit gab er sich nicht zufrieden, bis man ihn als Mitläufer einstuftete.

Reinhard Gehlen war erster Chef des Bundesnachrichtendienstes. Er missbrauchte seinen Einfluss in der Bundesrepublik Deutschland, um gesuchten Nazis zur Flucht zu verhelfen.

Hans Filbinger war Ministerpräsident von Baden-Württemberg, obwohl er als Marinerichter an Todesurteilen beteiligt gewesen war. Erst der Schriftsteller Rolf Hochhuth hat dies in den achtziger Jahren der Öffentlichkeit bewusst gemacht.

Zur NS-Vergangenheit von niedersächsischen Landtagsabgeordneten in der Nachkriegszeit:

Auf der 7. Plenarsitzung des Niedersächsischen Landtages am 9. Mai 2008 erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Dr. Bernd Althusmann, folgendes: „...Meine Damen und Herren, die CDU hat ihre geistigen und politischen Wurzeln im christlich motivierten Widerstand gegen den Terror des Nationalsozialismus. Das ist die Wahrheit.“ ([Protokoll S. 626](#)):

**Elitäre Verachtung für die Armen gepaart mit brauner Ideologie:**

Ursula von der Leyen ist vor allem Christdemokratin aus vornehmem Hause. Sie hat nicht nur selbst sieben Kinder, sondern ist auch in einer Familie mit sieben Kindern groß

geworden. Ihr Vater ist Ernst Albrecht, von 1976 bis 1990 CDU-Ministerpräsident von Niedersachsen.

"Macht in den Händen eines Mannes von hohem sittlichem Niveau vermag unendlichen Segen zu stiften", schreibt Albrecht. Denn: "Ein Mann mit Gott ist eine Majorität." Und: "Wenn es gelingt überdurchschnittliche Menschen an die Herrschaft zu bringen, so vermögen Alleinherrschaft und Wenigenherrschaft eine bessere Ordnung zu errichten als die Volksherrschaft." Diese Herren-Mentalität paarte sich innerhalb der niedersächsischen CDU mit nationalsozialistischem Gedankengut. Die niedersächsische CDU hatte nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgreich daran gearbeitet, die Mitglieder der neofaschistischen Deutschen Reichspartei und Sozialistischen Reichspartei sowie der national-konservativen Deutschen Partei in die CDU zu integrieren. Am 15. Januar 1976 wurde Ernst Albrecht als Oppositionskandidat überraschend zum Ministerpräsidenten gewählt. Eigentlich sollte der damalige Finanzminister Helmut Kasimier (SPD) als Nachfolger des aus Altersgründen zurückgetretenen Ministerpräsidenten Alfred Kubel (SPD) gewählt werden. Doch einige Landtagsabgeordnete aus der Koalition von SPD und FDP verweigerten Kasimier die Stimme. Am Abend traf sich dann die Führung der CDU im Central-Hotel in Hannover, um gemeinsam mit dem langjährigen NPD-Vorsitzenden Adolf von Thadden Albrechts Wahl zu feiern. 1979 setzte die niedersächsische CDU zur ersten Europawahl auf ihren Kandidaten Hans Edgar Jahn. Dieser hatte sich durch ein 1943 erschienenes europapolitisches Buch mit dem Titel "Der Steppensturm - Der jüdisch-bolschewistische Imperialismus" für diesen Posten qualifiziert.

Darin prophezeit er die endgültige Zerschlagung des Judentums und die Sammlung der "germanischen Völker" um einen Herd. "Noch nach Jahrtausenden aber wird die Menschheit und vor allem die Jugend mit Achtung und Ehrfurcht einen Namen nennen: Adolf Hitler." 1976 machte Albrecht ein ähnliches Kaliber gar zum Justizminister: Hans Puvogel. Dieser trat in seiner Amtszeit vor allem gegen den Gedanken eines liberaleren Strafvollzugs und die Idee der Resozialisierung auf. In seiner Doktorarbeit von 1935/36 hatte Puvogel die Gründe für seine Haltung dargelegt. Er schrieb von "Vererbung krimineller Neigungen", von "anlagebedingten Verbrechern" und von "minderwertigen Menschen", die "aus der Gemeinschaft ausgeschieden werden müssten". "Nur ein rassisch wertvoller Mensch" habe "innerhalb der Volksgemeinschaft eine Daseinsberechtigung". Wo immer sie konnte, hofierte die Landesregierung unter Ernst Albrecht Alt-Nazis. Wilfried Hasselmann (CDU), stellvertretender Ministerpräsident, bescheinigte 1978 der "Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger", einer Vereinigung von alten Wehrmachtsoffizieren und SS-Männern, in einem Grußwort, dass sie "Mut gezeigt und anderen ein Vorbild gegeben" haben. Hasselmann sei "tief beeindruckt vom Zusammenhalt ihrer

Ordensgemeinschaft. Sie haben in vorbildlicher Weise als Soldaten ihre Pflicht erfüllt. Das bleibt gültig für eine nachwachsende Generation." Albrechts Tochter Ursula, damals 31 Jahre alt, empfand die Abwahl ihres Vaters durch das Wahlvolk als einen üblen Affront der Straße. *Tageszeitung*, 3. März 2003

### **Adenauer, Konrad (Dr.) und sein Kabinett der braunen Auferstandenen:**

Konrad Adenauer, geboren 1876, gestorben 1967, Mitbegründer der CDU, von 1949 bis 1963 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

Er bestückte sein Kabinett mit ehemaligen ranghohen Nazis: **Hans Globke, Theodor Oberländer, Waldemar Kraft, Franz-Josef Strauß, Karl Maria Hettlage** usw.

Was waren die Gründe? Es gibt zwei plausible Erklärungen: Der Lebenslauf des Dr. Konrad Adenauer war wie so viele Lebensläufe geschönt, wies braune Flecken auf. Dr. Konrad Adenauer war der Meinung, dass die Nazis die besseren Deutschen und die wahrhaften Patrioten seien, im Gegensatz zu jenen Deutschen die im Widerstand waren oder während der Nazizeit emigrierten. Auf die Nazis konnte man sich verlassen, wenn es darum ging, Entschädigungsansprüche zu minimieren und besetzte Gebiete wieder einzugliedern. Adenauer hegte stets große Sympathien für die SS. Dies geht aus den nachfolgenden Dokumenten zweifelsfrei hervor:

So schrieb im Oktober 1955 Bundeskanzler Dr. Adenauer an den FDP-Abgeordneten General a.D. von Manteuffel, der sich, wie seine Fraktionskollegen, für die Angehörigen der SS-Verbände einsetzte:

„Ich weiß schon längst, dass die Soldaten der Waffen-SS anständige Leute waren. Aber solange wir nicht die Souveränität besitzen, geben die Sieger in dieser Frage allein den Ausschlag, so dass wir keine Handhabe besitzen, eine Rehabilitierung zu verlangen... Machen Sie einmal den Leuten deutlich, dass die Waffen-SS keine Juden erschossen hat, sondern als hervorragende Soldaten von den „Soffjets“ gefürchtet war...“

Gezeichnet Dr. Konrad Adenauer Bundeskanzler

Quelle: LIGA GEGEN RASSISMUS

<http://www.liga.homepage.t-online.de/karrieren2.htm>

Die später von Franz Josef Strauß gegründete CSU macht auch heute keinen Hehl aus ihrer Nazizeit

Quelle: <http://www.gavagai.de/HHD111.htm>

Die CDU verfolgt letztlich also sehr ähnliche Ziele wie die Deutschen Christen in der Nazizeit. Man kann daher die Gründung dieser Partei unmittelbar nach dem Krieg im Juni 1945 als Sammelbecken von ehemaligen Nationalsozialisten sehen.

Die Europäische Volkspartei (EVP) ist eine europäische politische Partei, die sich aus christlich-demokratischen und konservativ-bürgerlichen Mitgliedsparteien aus der gesamten Europäischen Union zusammensetzt. Natürlich haben hierbei die CD/CS schon die entsprechende Vorsorge getroffen und sind auch hier wieder federführend.

Für Adenauer war alles, was aus der „Soffjetzone“ kam grundsätzlich abzulehnen. Nun ist es nicht einfach, sich ohne Originaldokumente objektive Erkenntnisse zu verschaffen. Trotzdem war das ein klarer Bruch der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz und schlug sich in der Ablehnung der Stalin-Note vom 10. März 1952 durch die Westmächte und Adenauer nieder.

Die Sowjetunion hatte unter Hinweis auf den „unnormalen Zustand“, dass sieben Jahre nach Beendigung des Krieges immer noch kein Friedensvertrag mit Deutschland geschlossen war, die Kontrollmächte aufgefordert, „die Frage der Bedingungen“ zu prüfen, „die schleunigst die Bildung einer gesamtdeutschen, den Willen des deutschen Volkes ausdrückenden Regierung fördern“ und einen Friedensvertrag mit einem geeinten und neutralen Deutschland zulassen.

Erst nachdem dies von den Westmächten einvernehmlich mit Konrad Adenauer geblockt worden war, ließ Stalin die DDR sozialisieren. Unter der Losung der „Schaffung der Grundlagen des Sozialismus“ ging die SED unverzüglich daran, die Verfassung von 1949 Stück für Stück zu demontieren. Ähnlich erging es ja auch dem Grundgesetz auf der anderen Seite. Die Kalfaktoren schufen sich auf beiden Seiten die ihnen genehmste Lagerordnung.

Die Aktivitäten der letzten Jahrzehnte lassen durchaus Zweifel zu, ob die CDU und CSU überhaupt im Sinne einer Verfassung handeln, denn sie...

...beide verstoßen gegen eine verfassungsgemäße Ordnung, wenn diese nicht ins eigene Konzept passt

...ermöglichte Vorbestraften und Alt-Nazis Karrieren als führende Partei- und Regierungsmitglieder

...zeigt gerne mit dem moralischen Zeigefinger auf ihre politischen Gegner, ohne eigene Aufarbeitung zu leisten

...begründet einen Überwachungsstaat mit der nationalen Sicherheit

...vertritt nicht die Interessen des Volkes, sondern die der Großkonzerne, Lobbyisten und Partei

Sehr viele NS-Richter und Staatsanwälte wurden in den westdeutschen Justizdienst übernommen und richteten zum Teil wieder über dieselben Opfer. Das 1965 in der DDR erschienene

„Braunbuch Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik“ zählt neben anderen Größen der Zeit auch über 800 hohe Justizbeamte, Staatsanwälte und Richter der BRD namentlich auf, die für Justizverbrechen im Nationalsozialismus verantwortlich waren. Die bundesdeutsche Justiz hatte nach 1949 sozusagen über sich selbst zu richten, mit dem Ergebnis, dass keiner der NS-(Hin)Richter je verurteilt wurde. Stattdessen wurde die, in allen Gesellschaftsbereichen stattfindende Wiedereingliederung alter Nazis durch die JuristInnen maßgeblich gefördert:

Durch geschickte Verjährungskonstruktionen sowie durch die Annahme, dass sämtliche TäterInnen eigentlich bloß „GehilfInnen“ Hitlers gewesen seien, wurde eine Bestrafung vieler NaziverbrecherInnen unmöglich gemacht. Einer der wenigen Prozesse gegen führende Nazis, der Auschwitz-Prozess, beruhte auf der persönlichen Initiative von Staatsanwalt Fritz Bauer, der als Verfolgter des Faschismus zwischen all den Tätern einen schweren Stand hatte. (Es ist anzumerken, dass dieser Prozess mehr Fragen aufgeworfen hat, als Antworten gefunden wurden).

#### Auszug aus Analyse & Kritik

<http://www.akweb.de/register/rj57.htm#j1990>

#### -CDU/CSU in der "Braunzone": Verwickelte Verhältnisse

Nr. 302 (08.01.1989), S. 18

#### -Die CDU/CSU will Tote, was will die SPD

Nr. 305 (03.04.1989), S. 9

#### -Rechter Aufstieg in Hessen

Nr. 305 (03.04.1989), S. 5

#### -Der Traum von Großdeutschland (Teil 2) Die "Braunzone"

Nr. 320 (25.06.1990), S. 27

#### -CDU/CSU fordert Polizei-Willkürgesetze

Nr. 347 (21.10.1992), S. 12

#### -Die mühsame Abgrenzung der CDU/CSU zu den REP Vom Büro Jelpke

Nr. 348 (19.11.1992), S. 15

#### -Die CDU muß für Republikaner wählbar sein."

^(Bundesinnenminister Kanther)

Nr. 357 (25.08.1993), S. 14

#### -Rechtsradikale finden Unterschlupf bei der CDU (Presseerklärung)

Nr. 353 (07.04.1993), S. 21

#### -CSU: Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen

Nr. 365 (13.04.1994), S. 13

**Schneewuttchen und die Bayern-Mafia. Radio Z droht Abschaltung**  
Nr. 364 (09.03.1994), S. 34

**-Europa: Made in Germany? CDU will europäische Integration nach deutscher Art**

Weitere Nachweise finden Sie [hier](#).

Die Frage, die sich aus den genannten Tatsachen ergibt, ist: welche Absicht steckt dahinter?

Antwort: Wer Deutschland besitzt der besitzt auch Europa.

Es kommt also nicht von ungefähr dass sich hier in der BRD wieder nationalsozialistische Größen unter dem Deckmantel der CDU/CSU u. FDP etabliert haben. Damit das nicht direkt auffällt wurde 1960 die NPD als Blitzableiter gegründet. Jeglicher Versuch diese Partei zu verbieten scheiterte an den „Christen“. Die „braunen Heimkehrer“, die schon im parlamentarischen Rat vorzufinden waren, träumten also von einem wiedererstehenden III. Reich in den Grenzen von 1937.

Wie Seite 5 bereits erläutert, ist das Deutsche Reich von 1949 staatlich identisch mit dem von 1937. Dem parlamentarischen Rat war also klar, wenn die 49er Verfassung in Kraft treten würde, dann würde die CDU/CSU und FDP als Sammelbecken der Nazis die politische Macht verlieren. Außerdem hätten diese Parteien damit rechnen müssen, dass sie aufgelöst/zerschlagen worden wären. Dieses galt schon damals nur zu deren politischen Machterhalt und mußte verhindert werden!

Der Grund für dieses handeln findet man in den Artikel 3, 5, 24, 25 und insbesondere in der Schlussbestimmung dieser Verfassung.

**Art. 144.** Alle Bestimmungen dieser Verfassung sind unmittelbar geltendes Recht. Entgegenstehende Bestimmungen sind aufgehoben. Die an ihre Stelle tretenden, zur Durchführung der Verfassung erforderlichen Bestimmungen werden gleichzeitig mit der Verfassung in Kraft gesetzt. Weitergeltende Gesetze sind im Sinne dieser Verfassung auszulegen.

Die verfassungsmäßigen Freiheiten und Rechte können nicht den Bestimmungen entgegengehalten werden, die ergangen sind und noch ergehen werden, um den Nationalsozialismus und Militarismus zu überwinden und das von ihnen verschuldete Unrecht wiedergutzumachen.

Die vorbenannten Parteien, sowie wir es heute wissen hätten sich einer erneuten Entnazifizierung nicht mehr entziehen können. Als Entgegenstehende Bestimmungen wäre somit das III. Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 anzusehen.

**„Der Teufel meidet also das Weihwasser“.**

Deshalb auch die Ablehnung der Note Stalins vom 10. Februar 1952 zur Neutralisierung Deutschlands. Diese Haltung entstand später nochmals, als Konrad Adenauer die Angebote der Engländer und Sowjets ablehnte, Deutschland wieder zu vereinigen.

Mittlerweile dürfte klar sein, dass eine Vereinigung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 auf Grund der Feindstaatsklausel nie Wirklichkeit hätte werden können. Schon damals hatte das BRD Regime andere Pläne.

Diese Pläne wurden erneut durch den 2+4 Staatsvertrag gefährdet.

Die BRD wurde als politischer Scheinstaat (Verweis auf [Statement über Deutschland](#)) mit 73er Urteil des BVG aufrecht erhalten. Nach dem deutsch-deutschen Einigungsvertrag ist die damalige DDR angeblich mit ihren Ländern am 03. Oktober 1990 der BRD nach Artikel 1 Abs. 1 beigetreten. Tatsächlich wurde an diesem Tage nur die Ratifikationsurkunde unterzeichnet. Theoretisch hätte mit der 49er Verfassung, die nur ruhte, das DR in Grenzen von 1949 wieder aktiviert werden können. Aber aufgrund dieser Verfassung musste das BRD Regime CDU/CSU u. FDP erneut damit rechnen, dass es zu einer Abrechnung zwischen den Bürgerinnen und Bürgern kommen würde.

Man unterschlug also erneut zum politischen Machterhalt nicht nur den 2+4 Staatsvertrag sondern auch diese Verfassung.

#### **Das zeigt sich auch in Folgendem:**

Der Plan Helmut Kohls, den offiziellen Akt der Vereinigung Deutschlands am 3. Oktober in Anwesenheit der führenden Repräsentanten der vier Mächte zu vollziehen, zerschlug sich. Der amerikanische Präsident gab zu erkennen, dass er kein großes Verlangen spürte, nach Deutschland zu kommen, und unter diesen Umständen zog es auch Michail Gorbatschow vor, von dieser Reise Abstand zu nehmen. So wurden die Feierlichkeiten in Berlin zu einer reinen deutschen Veranstaltung.

Die CDU/CSU und FDP hatten das Volk in den Grenzen der BRD/DDR, das **ganze** Deutsche Volk und die Alliierten schamlos hintergangen.

#### **Eine nächste Überraschung:**

Überall steht etwas von deutscher Staatsangehörigkeit. Allerdings weist der deutsche Staatsangehörigkeitsausweis wieder den Eintrag Bundesrepublik Deutschland aus. Da die Bundesrepublik jedoch niemals ein Staat im staatsrechtlichen Sinne war, sondern ein Verwaltungskonstrukt der Westalliierten, ist diese Bundesrepublik auch nicht in der Lage, hoheitsrechtliche Aufgaben, wie die Ausstellung eines Staatsangehörigkeit-Ausweises vorzunehmen. Der springende Punkt ist, dass die vorgebliche Bundesrepublik dieses

Verwaltungsprinzip widerrechtlich benutzt. Damit sind mehrere Tatbestände erfüllt.

Einmal stellt diese Namensführung einen Bruch des 2+4 Vertrages dar. Der war bis zu unserer Proklamation nicht erfüllt, da die Verantwortlichen ihn weder ausgerufen noch mit allen notwendigen Staatsorganen neu konstituiert hatten.

Als Nächstes steht ein Verfassungsbruch gegen die seit 7.10.1949 bestehende, vom deutschen Volk verabschiedete Verfassung im Raum, denn dort wird eindeutig von Deutschland ausgegangen, wie es auch im 2+4 Vertrag steht.

Weiters stellt die Handlungsweise der angeblichen Behörden einen Verstoß gegen die SHAEF- Gesetze dar, die für eine Bundesrepublik Deutschland nach wie vor Gültigkeit haben. Ein Staat Deutschland wird dagegen von diesen Gesetzen nicht mehr berührt. Auch das ist im 2+4 Staatsvertrag zum Ausdruck gekommen, indem die Alliierten in den nachfolgenden Regelungen dem Staat Deutschland gegenüber auf alle ihre Rechte verzichten. Dabei wird NICHT von einer Bundesrepublik Deutschland gesprochen. Für jeden Bürger, der sich also auf diese Papiere verlässt, besteht die Gefahr, dass er alliiertem Recht zuwiderhandelt und entsprechenden Strafen ausgesetzt ist.

Durch die Vorenthaltung des wahren deutschen Staates durch die Regierung Kohl/ Genscher ist die Besetzung der Bundesrepublik nicht aufgehoben, gibt es natürlich keinen Friedensvertrag (der wäre mit einem Staat Deutschland nicht nötig, da Deutschland nicht kriegsführende Nation war, das galt nur für das Deutsche Reich) und nun haben wir eine recht- und gesetzlose Interimssituation, in der weder Staatsorgane noch deren Funktionsträger auf sicherer Rechtsgrundlage handeln dürfen.

Insofern ist auch die Bezeichnung "deutsch" in unseren Ausweispapieren (Dokumente können es ja nicht sein) ein Hinweis auf eine Nichtstaatlichkeit in unserem Lande.

Obendrein hatte die CDU/CSU und FDP schon damals Pläne, wie man wieder in den Besitz des Deutschen Reiches kommen könnte.



## Ein kleiner Auszug zur besseren Verständnis von Ende 1989:

losophie des „Europas der Vaterländer“, der Grenzen für unantastbar hielt. Verschiedentlich macht Kohl deutlich: Die Lösung der Frage hänge letztlich von der Überwindung der Teilung Deutschlands ab. Denn auch für Polen wäre die Teilung Warschaus unakzeptabel. Einen deutschen Nationalstaat im Sinne Bismarcks werde es nicht mehr geben. Nur unter dem europäischen Dach sei die deutsche Frage lösbar.<sup>169</sup> Zudem trete eine hohe Prozentzahl der Bevölkerung in der Bundesrepublik für eine Grenzankennung ein. Immerhin sei die DDR das Land gewesen, das die Grenzen Polens anerkannt habe, wendet Jaruzelski ein. Auf die Frage, ob Kohl überhaupt die Möglichkeit eines Friedensvertrages sehe, und wenn ja, ob man das wirklich anstreben solle, weicht der Kanzler aus. Noch ist es viel zu früh, dieses Problem anzugehen.

Die Polen beschäftigt am meisten das Grenzproblem. Das bestätigt Mazowiecki. Der Kanzler verweist darauf, auch ihm seien durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes die Hände gebunden. Kohl will und kann nicht auf einen Teil Deutschlands verzichten, solange Deutschland als Ganzes nicht wieder existiert. Daher bittet er um Geduld und vereinbart mit Mazowiecki, das Thema in der Pressekonferenz herunterzuspielen; auch was die

Dieser Auszug zeigt, dass die deutsche Frage nur unter dem europäischen Dach lösbar wäre (Verweis auf die Klage). Nach dem 2+4 Staatsvertrag besteht der Staat Deutschland in den endgültigen Grenzen. Andererseits soll aber weiterhin die, mit dem Deutschen Reich von 1937 teildentische BRD bestehen.

Das heißt aber, dass wir wieder bei dem BVG Urteil von 1973 angekommen sind.

2008 wollte Frau Dr. Merkel in Den Haag sich die "BRD" gleichsam zum rechtmäßigen Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches erklären lassen und sich vorsorglich von allen alten Verantwortungsübernahmen und Kriegsschulden, die unter dem III. Deutschen Reich entstanden sind, freigestellt sehen. Nach dem Urteil von '73 ist nur die Bundesrepublik Deutschland, aber nicht der Staat Deutschland seit dem 03. Oktober 1990 teildentisch mit dem Deutschen Reich.

Wäre dieser Versuch erfolgreich gewesen, hätte das auch Auswirkungen auf Europa gehabt. Das '73er Urteil wäre automatisch international anerkannt. Wäre nach der Integration der BRD in die EU diese dann teildentisch mit dem Nationalsozialistischen Deutschen Reich von 1937 geworden.

Das käme einer Kriegserklärung gegen Polen, Litauen, Lettland, Estland und Russland gleich.

**Wie bis hierher aufgezeigt, haben die CDU,CSU und FDP aber auch die Opposition als Mittäter, der Öffentlichkeit den rechtmäßigen Staat Deutschland entzogen. Die eigentlichen Täter aber sind die immer noch aktiven, „braunen Restanden“ bzw. deren Nachkommen in allen Bereichen der Politik und Wirtschaft, die nur an einem wiedererstehenden Deutschen Reich interessiert sind**

Der Staat Deutschland ist letztlich das Einzige, das unsere Politeska aller Parteien nicht mehr verzocken kann. Dieser Staat ist neutral und hat keine Verträge mit der EU getätigt. Die Anerkennung der EU steht also noch aus und ist fraglich.

Noch ein paar Verweise zum Selbststudium:

**Venezuelas Präsident Hugo Chavez** liebt den Skandal, und so wundert es nicht, dass er auch schon einmal zum Nazi-Vergleich griff.

Im Frühjahr 2008 warf er der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel vor, sie gehöre der politischen Rechten an - **"der selben Rechten, die Hitler, die den Faschismus unterstützt hat"**.

**Der Fürst von Liechtenstein**, Hans-Adam II., sorgte im September 2008 mit der Nazi-Keule für Spannungen in den Beziehungen seines Landes zu Deutschland. Liechtenstein habe in den letzten 200 Jahren schon drei Deutsche Reiche überlebt. Es hoffe, auch noch das vierte zu überleben, erklärte der Fürst in einem Brief an das Jüdische Museum Berlin. In dem Brief erklärte er, warum Liechtenstein keine Leihgaben mehr aus der eigenen Kunstsammlung nach Deutschland bringe.

**Den britischen EU-Abgeordneten** Daniel Hannan kostete ein Nazi-Vergleich seine Mitgliedschaft in der Fraktion der europäischen Konservativen. Er sagte im Jänner 2008 zu dem deutschen Parlamentspräsidenten Hans-Gert Pöttering: "Es ist nur meine Wertschätzung, Herr Präsident, und meine persönliche Zuneigung zu Ihnen, die mich davon abhält, das mit dem Ermächtigungsgesetz von 1933 zu vergleichen, das ebenfalls mit parlamentarischer Mehrheit beschlossen wurde". Er kritisierte damit eine von Pöttering geplante Ausweitung der Amtsbefugnisse des Parlamentspräsidenten. Der deutsche Altkanzler Helmut Kohl ist so etwas wie der ungekrönte Meister der Nazi-Vergleiche.

1. September 1998 Kohl muß weg! Quelle unbekannt

**Die Abwahl der Union würde die rechtsradikale Lobby empfindlich treffen**

Die Union ist dermaßen nach rechts gewandert, dass es kaum eine Forderung der Nazis gibt, die nicht von CDU/CSU intoniert wurde. Ziel der Union ist ein möglichst deutsches Deutschland. Das heißt: So wenig AusländerInnen wie möglich, und die, die hier sind, sollen sich gefälligst der "deutschen Leitkultur" anpassen, Deutsche zuerst! An dieser Ausländer-raus-Politik arbeiten CDU und CSU seit Jahren. Mehr wollen auch Nazi-Parteien nicht. CDU/CSU sind nicht nur ideologisch, sondern auch personell und strukturell immer mehr mit dem Rechtsextremismus verwoben. dass der ehemalige NS-

Marinerichter und Ministerpräsident Hans Filbinger noch immer Ehrenmitglied der baden-württembergischen CDU ist, ist ein Ausdruck davon. In seinem Studienzentrum Weikersheim geben sich Nazis und Konservative die Klinke in die Hand. Der Berliner Bundestagsabgeordnete Heinrich Lummer arbeitet im Wahlkampf ganz offen mit den rechtsextremen Deutschen Konservativen ("Freiheit für Rudolf Heß!") zusammen. Innensenator Schönbohm täuscht Bezirksbürgermeister, damit die NPD ungestört marschieren kann.

Innenminister Kanther umschrieb seine politischen Vorstellungen einmal so: "Die CDU muss eine Politik machen, zu der die Wähler der Republikaner ja sagen können". Kanther holte sich die entsprechenden Staatssekretäre: den harten Kern der Vertriebenen-Lobby. Kein Wunder, dass die Scheinchen in den Taschen der Verbände des organisierten Revanchismus ordentlich rascheln. Alfred Schickel erhielt das Bundesverdienstkreuz für sein Engagement gegen "Unkenntnis, Vorurteil und Desinformation". Er hatte in rechten Blättern über das "ungeklärte Ausmaß der jüdischen Opfer" spekuliert und dabei die Zahl der Holocaust-Opfer erheblich nach unten gedrückt. Auch Kohl bekam eine Auszeichnung: Nämlich den Adenauer-Preis der Deutschland-Stiftung. Deren damaliger Geschäftsführer Kurt Ziesel, ein Freund Helmut Kohls, beschwerte sich in den letzten Jahren über die "wenig christliche" Behandlung der Republikaner und hetzte 1944 als Schriftleiter des Völkischen Beobachters gegen die Hitler-Attentäter ("Jeder, der sich wider den Geist des Krieges versündigt, muß vernichtet werden"). Die Aufzählung der schwarz-braunen Schnittmengen ließe sich lange fortsetzen. Dazu kommt: Politik wird nicht nur im Parlament gemacht, sondern auch in den Institutionen, den Bundesämtern, -zentralen und -stellen. Die CDU/CSU hat in den letzten 15 Jahren sehr viel Zeit gehabt, dort überall ihre Leute unterzubringen. DVU, Reps und NPD stören die CDU lediglich als Konkurrenz auf dem Wählerstimmenmarkt. Die rechte Stimmung, die sich mit ihnen in der Gesellschaft immer hegemonialer durchsetzt, und dessen Kinder sie selbst sind, nützt der CDU nur, da sie genau auf dieser rechten Welle ihre Politik durchsetzen kann.

Zum Schluß noch ein treffendes Gedicht des nicht unpolitischen Eugen Roth:

Der Wandel  
Ein Mensch möcht, neunzehnhundertsiebzehn,  
bei der Regierung sich beliebt sehn.  
Doch muß er neunzehnhundertachzehn,  
schon andre, leider, an der Macht sehn.  
Klug will er neunzehnhundertneunzehn,  
sich als der Kommunisten Freund sehn.  
So wandelt unser Mensch sich fleissig,  
auch neunzehnhundertdreiunddreissig.

Und, zeitig merkt mans, er geniert sich,  
nicht neunzehnhundertfünfundvierzig.  
Er denkt sich, als ein halber Held,  
verstellt ist noch nicht umgestellt.  
Wir dürfen, wenn auch leicht betroffen,  
noch allerhand von ihm erhoffen.

[www.staat-deutschland.de](http://www.staat-deutschland.de)